

Zweite Lesung: Opposition stimmt gegen NRW-Etat

Gegen die Stimmen der CDU nahm der Landtag in zweiter Lesung den Landeshaushalt für 1980 an, der am 27. und 28. Februar abschließend im Parlament beraten wird. Bei den Einzelplänen stimmte die CDU lediglich für die Etats des Landtags und des Landesrechnungshofs. Die zweite Lesung des 51,3-Milliarden-Haushalts ging mit einer scharfen Auseinandersetzung über die Politik der SPD/F.D.P.-Landesregierung zu Ende. Der finanzpolitische Sprecher der Opposition, Dr. Theodor Schwefer, rügte steigende Arbeitslosenzahlen, Versäumnisse in

der Energiepolitik und die Haushaltsentwicklung. Zusammenfassend warf er der Regierungskoalition vor: „Schlimmer kann es nicht mehr kommen, als das, was Sie verursacht haben.“ Karl Josef Denzer (SPD), Wolfram Dorn (F.D.P.) und Finanzminister Dr. Diether Posser (SPD) wiesen unter Berufung auf positive Daten zur Wirtschaftskonjunktur die Vorwürfe zurück. Der Lebensstandard der Bevölkerung sei so stabil wie in keinem anderen Land. - „Landtag intern“ schließt seine Berichterstattung über die zweite Lesung ab (s. auch Ausgabe 4/80).

Keine Mehrheit fand auch in diesem Jahr die Forderung der CDU, den Betriebskostenanteil des Landes Nordrhein-Westfalen an der Universität Bremen in Höhe von 20 Millionen DM ersatzlos zu streichen. Zum Etat des Wissenschaftsministers brachte die Opposition insgesamt 14 Änderungsanträge ein, die alle von der SPD/F.D.P.-Koalition abgelehnt wurden.

CDU: Kein Geld für Bremer Uni F.D.P.: Vertrag nicht verlängern

Lothar Theodor Lemper (CDU) stellte wegen „des nicht ausreichenden Pluralismus an der sogenannten Universität Bremen“ das Ende 1980 auslaufende Finanzierungsabkommen erneut in Frage. Diese Gegenuniversität, die sich nach eigenem Bekunden vor allen Dingen die Ablösung der bürgerlichen Wissenschaft zum Ziel gesetzt habe, betreibe lediglich eine marxistische Ideologielehre. „Mit einiger Genugtuung“ stellte Lemper fest, auch in der F.D.P. werde der Prozeß des Nachdenkens über die Universität Bremen „ansatzweise nachvollzogen“.

Franz-Josef Kniola (SPD) warf der Opposition vor, sie „wolle mit Hilfe des Geldknüppels dieser Universität einen anderen Inhalt geben und dort ein anderes Verhalten erzwingen“. Den von Lemper unternommenen „Versuch der Diffamierung“ weise er zurück. Für „uns als Sozialdemokraten“ sei klar, daß im Rahmen einer allgemeinen Vereinbarung über den finanziellen Ausgleich zwischen den Ländern auch eine weitere Mitfinanzierung der Bremer Universität gesichert werden müsse.

Reinhard Roericht (F.D.P.) bekräftigte die von seiner Fraktion „schon vor zwei Jahren“ eingenommene Haltung. „Wir haben erklärt“, so Roericht, „daß für uns eine Verlängerung dieses Staatsvertrags nicht mehr in Betracht kommt.“ Gleichwohl lehne er eine inhaltliche Diskussion über die Universität Bremen ab. Er schloß nicht aus, daß „die Bundesregierung und alle anderen Landesregierungen zusammen mit dem Land Bremen im Rahmen der allgemeinen Finanzausgleichsverhandlungen zu neuen Regelungen kommen“.

Dietmar Katzy (CDU) bezeichnete es als Ziel der CDU-Anträge, die Wirksamkeit von Forschung und Lehre an den nordrhein-westfälischen Hochschulen zu erhöhen. Anträge zum Hochschulbau und zur gezielten Verbesserung der Strukturen seien aber nur bedingt möglich, weil Wissenschaftsminister Jochimsen not-

wendige Informationen vorenthalte und damit eine sachgerechte parlamentarische Arbeit verhindere.

Franz-Josef Kniola (SPD) setzte sich in einem zweiten Beitrag mit Einzelforderungen der CDU auseinander. Den Antrag zur Einrichtung eines Lehrstuhls für Pharmakologie in Bochum könne er nicht teilen. Ein solcher Lehrstuhl habe keine Priorität an der dortigen Universität. Auch habe die SPD Angst vor den Folgewirkungen. In den Bereichen der personellen Ausstattung der Fachhochschulen und der Forschungsförderung hätte die SPD gern zugestimmt, aber auch die CDU wisse, daß „am Ende die finanzielle Decke stimmen muß“.

Reinhard Roericht (F.D.P.) registrierte zum Wissenschaftsetat „eine wachsende Kohärenz der haushaltspolitischen Vorstellungen im ganzen Haus“. Das Volumen der CDU-Änderungsvorschläge sei von Jahr zu Jahr kleiner geworden. Es nähere sich „asymptotisch“ der Regierungsvorlage. „Ich kann daraus entnehmen“, folgerte Roericht, „daß sich die Kritik, die in den früheren Jahren geäußert worden ist, durch die Ereignisse in der Zwischenzeit offensichtlich zum Teil positiv erledigt hat.“

Wissenschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) sah es mit „einer gewissen Genugtuung“, daß es der Hochschulpolitik während der Etatberatungen der großen Themen ermangele. Die „markigen Worte“ des CDU-Abgeordneten Katzy zu fehlenden Daten nahm er nicht ernst: „Das sind natürlich verbale Kraftakte.“ Beispielsweise habe sein Ministerium dem Landtag eine 122seitige Strukturdatenübersicht aller Hochschulen zur Verfügung gestellt. Die Bauplanungen im Hochschulbereich zum zehnten Jahresplan rechtzeitig vorzulegen, sei er durch die Normenkontrollklage der CDU gegen das PH-Integrationsgesetz gehindert worden, gab Jochimsen den entsprechenden oppositionellen Vorwurf zurück. Auch nannte er es eine „etwas fragwürdige Angelegenheit“, den Auslastungsgrad für den Maßstab von Erfolg oder Mißerfolg einer neugegründeten Hochschule zu machen. Das sei „die falsche Denkfigur“, betonte Jochimsen. Nordrhein-Westfalen habe eine „außerordentlich erfolgreiche“ Gründungspolitik betrieben, die einen regionalen Hochschulausbau im ganzen Lande ermöglichen sollte.

Dr. Wilfried Heimes (CDU), der einen „überzeugenden und einsichtigen Strukturplan“ vermißte, vertrat die Ansicht, an den Gesamthochschulen habe sich pragmatisch eine Arbeit entwickelt, „die sich

von der ideologischen Zielvorstellung wegentwickelt hat, die der Herr Rau seinerzeit noch in Glanzbroschüren verkündet hatte“. Die Koalition habe ihre „starre Vorstellung“ aufgegeben, daß an jedem Hochschulstandort in kürzester Frist eine Gesamthochschule entstehen müsse.

Auch Sportpolitik strittig

Kurt Schmelter (CDU) bezog sich auf den CDU-Antrag, der Zuweisungen an Gemeinden für den Bau von Sportstätten vorsieht. Wörtlich sagte der Abgeordnete: „Ich schildere Ihnen die Lage auf diesem Gebiet wie folgt. Die Kommunen haben für das Jahr 1980 Anträge für die Errichtung von Sportstätten in ihren Bereichen vorgelegt, die ein Gesamtzuschußvolumen des Landes von 423 Millionen Mark erfordern. Im Etat hat die Landesregierung Zuschüsse von rund 119 Millionen ausgewiesen. Das bedeutet im Klartext, daß mehr als zwei Drittel der Anträge der Gemeinden zur Errichtung von Sportstätten im Jahre 1980 vom Land nicht bezuschußt werden können, eine Diskrepanz, die wir seit Bestehen eines Sportplanes in diesem Land in dieser Größenordnung noch nicht vorgefunden haben“, schloß der Politiker.

Richard Winkels (SPD) wies entschieden zurück, daß die Sportförderung und die Sportpolitik „kein Schwerpunkt“ der Landesregierung gewesen sei. „Herr Schmelter, ich muß Sie belehren: Das ist falsch, falscher geht es nicht.“ Der Politiker wies darauf hin, daß die Steigerung bei den Hallenbädern im Sportstättenbau seit 1966 genau 273, bei den Lehrschwimmbecken 85, den Freibädern 19, den Sporthallen 84 und den Sportplätzen 119 Prozent betrage.

Fritz Thielmann (F.D.P.) plädierte dafür, die Bereiche Freizeit- und Sportpolitik „offensiv zu behandeln, denn hier liegen Möglichkeiten und Aufgaben für unsere Gesellschaft, die wir nicht vorbeigehen lassen dürfen“. Er begrüßte, daß die Landesregierung die Ansätze für den Sportstättenbau von sich aus um 10 Millionen DM erhöht habe. Die Koalitionsfraktionen hätten dann mit Zustimmung der CDU noch einmal 7,75 Millionen DM zugelegt. In der nächsten Legislaturperiode werde es zu einer zusätzlichen Mittelbereitstellung kommen, sagte Thielmann voraus.

Auch im Justizbereich stimmten die Koalitionsfraktionen den Änderungswünschen der CDU nicht zu. Die drei oppositionellen Anträge bezogen sich auf Planungs-



Werden die Krankenhäuser ausreichend gefördert? In der Etatdebatte: (v.l.) Hans Reymann (SPD), Helmut Brömmelhaus (CDU) und Peter Eykmann (F.D.P.).
Fotos: Tüsselmann

kosten für den Neubau eines Jugenddorfs als Jugendvollzugseinrichtung, von vier Übergangshäusern und einer Haftanstalt für Kurzzeitbestrafte.

Justizetat: Kein neues Jugenddorf

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) meinte, als Schwerpunkt der Landespolitik sei der Justizvollzug angesichts gestiegener Kriminalitätsraten von besonderer Bedeutung. Trotz zweifelloser Fortschritte bestehe zwischen dem gesetzlichen Anspruch und der Wirklichkeit ein „krasser Widerspruch“, urteilte der CDU-Abgeordnete. „Wir haben nicht mehr als die Anfänge des Behandlungsvollzugs erreicht. Wir wissen, daß nach wie vor der Vollzug von Freiheitsstrafen in unserem Lande dringend verbesserungsbedürftig ist, und zwar an den Punkten, wo wirksam der Abbruch einer kriminellen Karriere erreicht werden kann.“

Reinhard Wilbusse (SPD) gab der Opposition „völlig recht“, daß zur Ausgestaltung des Strafvollzugsgesetzes „noch vieles“ zu tun sei. „Aber es ist doch nicht mangelnder Wille, sondern die enge Schere der Finanzen, daß wir da nicht mehr tun können“, stellte Wilbusse klar. Zwischen den Fraktionen bestünden nur graduelle, keine fundamentalen Unterschiede. „Da ist zum Beispiel unser Antrag gewesen, 600000 DM zur Schaffung von Modellversuchen für zentrale Beratungsstellen einzusetzen.“

Dr. Fritz Vogt (F.D.P.) rief der Opposition zu: „Wir würden gern manchen Ihrer Vorschläge noch zustimmen, wenn diese Vorschläge besser formuliert und besser durchgeprüft wären und wenn sie sich im Gesamtrahmen vertragen.“ Zum Unterschied zur CDU hätten die Koalitionsfraktionen auch Rücksichten auf den Gesamtetat zu nehmen. Während Vogt die von der CDU geforderten Übergangshäuser und das Jugenddorf grundsätzlich nicht ablehnte, sagte er ein deutliches Nein zu einer zentralen Einrichtung für Kurzzeitbestrafte.

Justizminister Inge Donnepp (SPD) wies die von Klose erhobenen Vorwürfe zurück: „Am Konzept für eine Verbesserung der baulichen Gestaltung der Justizvoll-

zugsanstalten haben wir gearbeitet. Wir haben natürlich das neue Strafvollzugsgesetz berücksichtigt und erste Erfahrungen aus der Praxis einbezogen.“ Auch zu den Übergangshäusern liege dem Justizausschuß eine ausführliche Stellungnahme ihres Ministeriums vor. Versäumnisse lägen in keiner Weise vor. Ein Jugenddorf nannte Frau Donnepp eine „sicher gutgemeinte Idee, die aber nicht einer erheblichen Konkretisierung bedarf“. Da im Bundestag ein Jugendstrafvollzugsgesetz beraten werde, „erscheint es unendlich, gegenwärtig Überlegungen zur Schaffung einer Vollzugseinrichtung in der Art eines Jugenddorfes anzustellen“.

Elsbeth Rickers (CDU) beklagte die schlechte Unterbringung von jugendlichen Untersuchungshäftlingen, die zusammen mit erwachsenen Gefangenen in den geschlossenen Anstalten seien. Dort beginne für sie der Teufelskreis. „Wir könnten“, so Frau Rickers, „wenn wir ein solches Jugenddorf hätten, sicher einen großen Prozentsatz der Jugendlichen aus dem Untersuchungsgefängnis herausnehmen.“

600000 DM mehr für Erholung Behinderter

Zum „Einzelplan 07 – Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales“ lagen dem Parlament vier Änderungsanträge der CDU vor. Die Koalition stimmt lediglich in einem Teilbereich zu: Die Förderung von Erholungsmaßnahmen für körper- und geistigbehinderte Kinder und Jugendliche wurde um 600000 DM erhöht.

Helmut Brömmelhaus (CDU) sprach von einer „völlig verfahrenen Situation“ im Krankenhaus-Investitionsbereich. Von dem eingeplanten 565 Millionen DM seien über 460 Millionen DM für die Weiterfinanzierung bereits begonnener Baumaßnahmen veranschlagt. 75 Millionen stünden für geringfügige Investitionen und lediglich 30 Millionen DM für Not- und Überbrückungsmaßnahmen zur Verfügung. Dringend notwendige neue Projekte können nach Ansicht des Abgeordneten nicht in Angriff genommen werden, „weil einfach das Geld fehlt“. Er beantragte zusätzlich 10 Millionen DM für Krankenhausbauten.

Hans Reymann (SPD) hielt der Opposition vor, sie mache Sozialpolitik „schwärmerisch im Wolkenkuckucksheim“ und sehe die Dinge nicht realistisch. Eine Unterversorgung gebe es nicht, der Krankenhausbedarfsplan gehe davon aus, daß effektiv 10000 Krankenhausbetten zuviel vorhanden seien. Reymann, der auf eine überdurchschnittliche Steigerungsrate von 9,1 Prozent für 1980 im Farthmann-Etat hinwies, bedauerte ausdrücklich den Stil der Haushaltsdebatte. „Es ist bekannt, daß im Ausschuß ein vernünftiges Klima herrscht. Deshalb soll in der zweiten Lesung nicht so getan werden, Kollege Brömmelhaus, als wären wir meilenweit auseinander gewesen.“

Peter Eykmann (F.D.P.) gab Brömmelhaus recht, daß „vermutlich nicht einmal die von Ihnen beantragten 10 Millionen DM ausreichen, um alle Not- und Überbrückungsmaßnahmen in diesem Jahr in den Griff zu kriegen“. Er werde den Antrag allerdings wegen fehlender Deckung ablehnen. Das Problem sei schlicht und einfach, daß „wir den Haushalt nicht weiter ausdehnen wollen“. Auch habe die Koalition andere Prioritäten gesetzt. Nach den Worten Eykmanns setzt sich die F.D.P. für eine bürgernahe Krankenhausversorgung ein. Sie dürfe „aber nicht heißen, in ländlichen Bereichen eine schlechtere Medizin zu bekommen“.

Norbert Schlottmann (CDU) verdeutlichte den für seine Fraktion hohen Stellenwert der Familienpolitik, die seit Jahren allein von der CDU im Landtag geführt werde. Angesichts der prekären Situation des Haushalts konzentriere sich die CDU auf einige wenige Schwerpunkte: 5 Millionen DM für in Not geratene Schwangere, 500000 DM zur Förderung der Ehe- und Lebensberatungsstellen, 600000 DM zur Förderung von Erholungsmaßnahmen für behinderte Kinder und Jugendliche und 1,3 Millionen DM für Familienerholung.

Anke Brunn (SPD) begegnete den „traurigen Sprüchen“ der Opposition mit einer aus ihrer Sicht eindrucksvollen Leistungsbilanz. Beispielsweise habe Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren 100 Millionen Mark für Familienerholung ausgegeben, das CDU-regierte Baden-Württemberg aber nur 12 Millionen Mark. Auch für Ehe- und Lebensberatungsstellen wird nach Auffassung der SPD-Politikerin in NRW mehr getan als in anderen Bundesländern.

Silke Gerigk-Groth (F.D.P.) vertrat die Ansicht, die CDU-Anträge würden „nur die Struktur unserer Familienpolitik im wesentlichen unterstützen“. Zu den Sonderfonds erklärte sie, es handle sich nicht um irgendeine ideologische Auseinandersetzung. Mit einem Betrag von 5 Millionen DM könne aber keine wirkungsvolle Hilfe gegeben werden. Der Koalition gehe es darum, mit einem Bündel von familienpolitischen Maßnahmen tatsächlich die Situation der Familien zu verbessern. Das von der CDU entworfene Jammerebild der Familienpolitik wertete Frau Gerigk-Groth als „Wahlkampfpropaganda“.

Jürgen Rosorius (CDU) setzte sich für eine Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse für Heime der teiloffenen Tür von

6000 auf 9000 DM ein. Es sei ein Skandal, daß diese Zuschüsse seit 1963 nicht angehoben worden seien. Die wertvolle pädagogische Arbeit in den Heimen der teiloffenen Tür dürfe nicht durch unzureichende Mittel behindert werden, meinte Rosorius. Nachdrücklich kritisierte er auch das Scheitern des Jugendbildungsgesetzes. Die F.D.P. habe mit ihrem Nein die Jugendlichen getäuscht.

Helmut Hellwig (SPD) zeigte sich mit dem Landesjugendplan 1980 außerordentlich zufrieden. Mit ihm sei „der Abstand der Summe, die wir in Nordrhein-Westfalen für diese Aufgaben zur Verfügung stellen, ein Vielfaches geworden zu dem, was alle Länder gemeinsam tun“. Der über 270 Millionen DM umfassende Landesjugendplan sei ein vorbildliches Instrument und übertreffe alle Erwartungen der Jugendverbände. Auf das Jugendbildungsgesetz eingehend, stellte Hellwig zum Verhalten des Koalitionspartners wörtlich fest: „Es ist für mich ein bedauerlicher und, was die Jugend angeht, ein peinlicher Vorgang, daß dann die F.D.P. plötzlich meinte, sie müsse doch noch abspringen.“

Silke Gerigk-Groht (F.D.P.) bestritt, daß ihre Fraktion das Gesetz „kaputtgemacht“ habe. Die F.D.P. habe schon sehr frühzeitig deutlich gemacht, welche politischen Vorstellungen sie sich für die Jugendarbeit wünsche. Leider sei nicht auf die einstimmige Aufforderung des kommunalpolitischen Ausschusses reagiert worden, vorab ein Planspiel zu veranstalten. Auch habe sich die F.D.P. nicht in der Lage gesehen, kurz vor Ende der Legislaturperiode „auf den letzten Drücker ein solches Gesetz noch durchzuzupfeifen“.

Arbeits- und Sozialminister Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) entgegnete den CDU-Vorwürfen zur Krankenhauspolitik: „In keinem anderen Lande wie in Nordrhein-Westfalen sind in den letzten Jahren so ungeheure Investitionen auf diesem Sektor vorgenommen worden. Wir haben weit über das hinaus investiert und finanziert, was nach der Zwei-Drittel-Komplettierung der Bundesmittel nötig war. Wir haben teilweise das Vier- bis Fünffache pro Jahr geleistet.“ Im jugendpolitischen Teil seines Beitrags erteilte Farthmann den Einrichtungen der teiloffenen Tür eine Absage. Hinter den nicht erhöhten Zuschüssen stecke eine „politische Absicht“. Jugendarbeit könne im Grunde nur dann erfolgreich vollzogen werden, wenn sie nicht allein mit ehrenamtlichen Funktionären und Referenten geleistet werde. Deshalb würden ganz bewußt die Einrichtungen der offenen Tür mit hauptamtlichen Kräften gefördert. „Außerordentlich“ bedauerte Farthmann das Nichtzustandekommen des Jugendbildungsgesetzes, das „im wesentlichen an dem Widerstand der Kommunalpolitiker aller Fraktionen gescheitert ist“.

Wirtschaftsminister falsche Ankündigungen angelastet

Drei Änderungsanträge brachte die CDU zum Etat des Wirtschafts- und Verkehrsministers ein – ohne Erfolg. Im Öffentlich-

keitsbereich sollten 200000 DM für Veröffentlichungen gestrichen werden, „um die Gefahr der Fehlinformation zu verringern“. Zahlreiche Broschüren enthalten nach Einschätzung des CDU-Abgeordneten Rinsche „falsche Ankündigungen“. Weitere Ziele der Opposition: 2 Millionen DM mehr für die Förderung der Berufsausbildung und 200000 DM weniger für die Landesverkehrsplanung.

Dr. Günter Rinsche (CDU) betonte, die Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Wirtschaft und damit die sozialwirtschaftliche Zukunftssicherung der Bürger seien gefährdet, „wenn es uns nicht rechtzeitig gelingt, das Selbständigendefizit, die in den achtziger Jahren zu erwartende Energielücke und den heute schon spürbaren Facharbeitermangel zu überwinden“. Der SPD/F.D.P.-Koalition lastete Rinsche umfangreiche Versäumnisse während ihrer 14-jährigen Regierungszeit an. Sie habe „das Notwendige verkannt und das Mögliche unmöglich gemacht“. Die Todsünde des Politikers, die Mißachtung der Wirklichkeit und der Erfordernisse, sei „gleich dutzendweise begangen“ worden.

Hilmar Selle (SPD) wies die CDU-Anträge zurück. Schon bei den Ausschüßberatungen habe auch die Opposition eingesehen, daß dem Anliegen des Handwerks und der überbetrieblichen Ausbildung mit dem aufgestockten Haushaltsansatz voll auf Genüge getan worden sei. Auch sei Rinsches Situationsbeschreibung falsch. Die Bundesrepublik liege mit einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent international an dritter Stelle, mit einer Arbeitslosenquote von 3,1 Prozent sogar an der Spitze. Die CDU verbreite wieder einmal „Schreckensmeldungen“ über ein anderes Land.

Fritz Thielmann (F.D.P.) bescheinigte der Regierung eine „behutsame und stetig vernünftige Wirtschafts- und Mittelstandspolitik“. Eindeutig widersetzte er sich einer Kürzung des Öffentlichkeits-etats. Das Wirtschaftsministerium müsse in der Lage sein, der mittelständischen Industrie die notwendigen Informationen an die Hand zu geben. Die für Veröffentlichungen vorgesehenen 500000 DM seien eher zu gering als zu hoch angesetzt. Zur beruflichen Bildung erinnerte Thielmann daran, daß die Landesregierung den Titel bereits von 24 Millionen DM auf 31,4 Millionen DM angehoben habe.

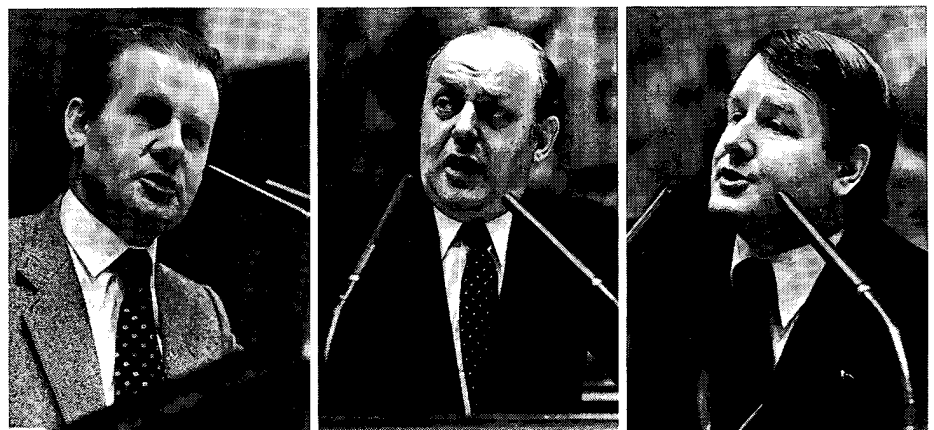
Heinz Hardt (CDU) kritisierte, daß die nordrhein-westfälische Verkehrspolitik nicht langfristig und konzeptionell durchdacht sei. Statt dessen würden immer nur neue Untersuchungen vorgelegt. Die CDU sei dagegen, daß dieses „Spielchen“ 1980 fortgesetzt werde. Trotz der vielen Gutachten habe Nordrhein-Westfalen die mit dem Bund abgesteckten Ziele nicht erreichen können.

Erich Kröhan (SPD) wies darauf hin, daß es gravierende Kontroversen im Verkehrsetat lediglich bei dem Mittelansatz zur Förderung von Verkehrsverbänden und bei der Anhebung der Kfz-Steuerpauschale gebe. Daraus zog Kröhan den Schluß: „Das verkehrspolitische Konzept der Regierung ist so überzeugend, daß auch die Oppositionsvertreter es mittragen können.“

Mechthild von Alemann (F.D.P.) beschuldigte die Opposition der „Konzeptlosigkeit“. In der Verkehrspolitik habe die CDU seit Jahren keinen Antrag vorgelegt, der das Konzept der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen in wesentlichen Punkten in Frage gestellt habe. F.D.P. und SPD hätten in den letzten Jahren Schwerpunkte vorgenommen, die anschließend auch in anderen Bundesländern Allgemeingut geworden seien.

Wirtschafts- und Verkehrsminister Liselotte Funcke (F.D.P.) verteidigte ihren Öffentlichkeitsetat. Sie müsse die Möglichkeit haben, den Bürger über wirtschafts- und verkehrspolitische Fragen zu informieren. Eingehend befaßte sich Frau Funcke mit der nordrhein-westfälischen Energiepolitik. Kernenergie dürfe nur einen eventuellen Spitzen- und Restbedarf ausgleichen, nicht aber die Kohle ersetzen. Die Entsorgung sei eine entscheidende Grundlage der weiteren Überlegungen, fügte sie hinzu. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht habe die Voraussetzungen bisher nicht erfüllt. Die Einzelheiten der Entsorgung würden im Augenblick noch verhandelt, nachdem Albrecht das Entsorgungskonzept erschüttert habe. Die Länder seien durch die Weigerung Niedersachsens, für Gorleben eine Wiederaufbereitungsanlage zu genehmigen, gezwungen, „nach irgendeinem Ausweg zu suchen“.

Heinrich Köppler (CDU) unterstellte dem Wirtschaftsminister, entweder ahnungs-



Beurteilten die NRW-Wirtschaftspolitik unterschiedlich: (v.l.) Dr. Günter Rinsche (CDU), Hilmar Selle (SPD) und Fritz Thielmann (F.D.P.).

los zu sein oder nicht die energiepolitische Konzeption der Bundesregierung zu unterstützen. Obwohl der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten sich im Herbst 1979 in der Entsorgungsfrage geeinigt hätten, erklärte Frau Funcke, man müsse erst ein Entsorgungskonzept suchen.

CDU will Agrarkreditprogramm Bäumer: Einkommen überdurchschnittlich

In einem Entschließungsantrag hat die CDU von der Landesregierung die Vorlage eines NRW-Agrarkreditprogramms gefordert. Damit soll die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe vor allem in den von der Natur benachteiligten Gebieten gefördert und gesichert werden. Fünf CDU-Anträge zum Etat wurden von SPD und F.D.P. abgelehnt.

Walter Neuhaus (CDU) stimmte dem von Minister Bäumer vorgelegten Personaletat mit einer Ausweitung von 219 Planstellen trotz Bedenken für dieses Jahr zu. Schon seit Jahren sei bei der Wasserwirtschaft ein erhebliches Vollzugsdefizit festzustellen. Den Gewässerzustand in NRW bezeichnete Neuhaus als „immer noch beklagenswert“. Die von der CDU als wünschenswert erachtete Beförderung des Hauptsattelmeisters im Landgestüt Warendorf begründete Neuhaus mit der Bemerkung, er sei einer der maßgeblichen Sachverwalter des Landesvermögens. In dieser Funktion „zeichnet er für 126 Hengste mitverantwortlich“.

Heinrich Ostrop (CDU) sprach von einer „bedrückenden Ertragsbilanz“ der Landwirtschaft. Nach Berechnungen von Bundesernährungsminister Ertl werde das Einkommen pro landwirtschaftlicher Familienarbeitskraft in diesem Jahr um vier Prozent sinken. Betriebsschließungen befürchtet Ostrop vor allem in den Mittellagen und in den von der Natur benachteiligten Gebieten. „Wir dürfen auch aus Gründen des Landschaftsschutzes und der Erhaltung der gepflegten Landschaft nicht zulassen“, appellierte Ostrop, „daß die Betriebe in diesen Gebieten verlassen werden und daß die Gegend verkommt.“ Die CDU halte deshalb ein Landesagrarkreditprogramm für erforderlich.

Julius Drescher (SPD) meinte auch, der Wareндorf Hauptsattelmeister müsse mehr verdienen. Eine Beförderung sei bisher am Besoldungsrecht gescheitert, betonte er, schloß aber eine Aufwertung zum „Ersten Hauptsattelmeister“ nicht aus. Eine solche Stelle solle der Minister zum Wohle des Landgestüts ausbringen. Zum gesamten Stellenplan bestätigte Drescher die im Fachausschuß vorhandenen Bedenken. Man habe sich aber davon überzeugen lassen, daß die für den Vollzug des Wasserabgabengesetzes nötig seien. Skeptisch äußerte sich Drescher zu dem von der CDU beantragten Agrarkreditprogramm. Er wehre sich dagegen, daß die Opposition die bisher in der Praxis hervorragend angekommenen gezielten

einzelbetrieblichen Maßnahmen auf Sparflamme kochen und eine Art Gießkannenverfahren einführen wolle.

Klaus Lantermann (F.D.P.) machte der CDU deutliche Vorhaltungen: „Eine oppositionelle Konzeption ist auch beim besten Wohlwollen in all ihren Anträgen nicht zu erkennen, wenn man Neinsagen nicht schon für eine Konzeption hält.“ Keine großen Chancen räumt auch Lantermann einem Agrarkreditprogramm ein. In Übereinstimmung mit Wissenschaftlern sei die F.D.P. der Auffassung, daß die Ausweitung des potentiellen Empfängerkreises die notwendigen Strukturveränderungen beeinträchtigen und eher konservierende als strukturverbessernde Effekte bewirken werde. Vielen Betrieben sei mit einem allgemeinen Agrarkredit auf die Dauer einfach nicht zu helfen.

Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer (SPD) sah es als „große Schwäche“ eines Agrarkreditprogramms für Nordrhein-Westfalen an, daß „überall über die ganze Landwirtschaft der Segen einkehren und die Förderung betrieben werden soll“. Dabei sei NRW in der Einkommensskala führend. Das Jahreseinkommen pro Familienarbeitskraft liege 3400 DM über dem Bundesdurchschnitt. Das Durchschnittseinkommen liege um mehr als 8 Prozent über dem Vorjahresniveau. An die Opposition gerichtet stellte Bäumer fest: „Dann können Sie doch nicht herumjammern. Ich kann darauf nur sagen: Der liebe Gott möge uns helfen, daß es so bleibt.“ Strukturverbesserungen könne man nur über gezielte Förderungen erreichen. Ein Agrarkreditprogramm wäre „rausgeschmissenes Geld“, eine bewußte Fehlförderung.

BuM-Konkurs entzündet neuen Landtagsstreit

Der Konkurs des Düsseldorfer Baukonzerns Beton- und Monierbau bestimmte die Schlußrunde der zweiten Etatlesung. Nach Ansicht des CDU-Finanzexperten Schwefer hat die Landesregierung die „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ zu sagen, warum sie zur Entscheidung über die 70-Millionen-Landesbürgschaft eine „fehlerhafte und unzureichende Vorlage“ gegeben habe. Die vier Änderungsanträge der CDU zum Etat des Finanzministers fanden keine Mehrheit.

Dr. Theodor Schwefer (CDU) verlangte Vorkehrungen, daß die Parlamentarier „nicht noch einmal mit falschen Zahlen getäuscht werden“ und behielt sich ausdrücklich weitere Schritte in dieser Sache vor. Im Zusammenhang mit der BuM-Pleite komme auch die Westdeutsche Landesbank zusehends ins Gerede. Ohne Schutz des Landes werde dieses Institut, „das wir dringend brauchen“, immer mehr zum Freiwild. Schwefer forderte die Landesregierung auf, auch rückhaltlos zu der Pensionierung von Staatssekretär Döring Stellung zu nehmen, der kürzlich wegen einer privaten Algerienreise mit dem ehemaligen BuM-Vorstandsvorsit-

zenden Hoppe im Jahre 1976 von Finanzminister Posser entlassen worden war.

Karl Josef Denzer (SPD) zeigte sich ebenfalls an der Aufklärung der BuM-Bürgerschaftsangelegenheit interessiert, distanzierte sich aber von Schwefers Vorwurf der Täuschung. Als Konsequenz kündigte er an: Die Banken müßten künftig mindestens vier Wochen zur sorgfältigen Überprüfung einer solchen Angelegenheit für den Ausschuß gewährleisten. Denzer hielt der CDU vor, es sei pure Heuchelei zu sagen, sie lasse sich von der Sorge um die WestLB leiten. Zwar halte sich Schwefer zurück, jedoch gebe sein Fraktionskollege Spellerberg jede Woche eine neue Erklärung ab und „haut auf die Pauke“. Die Entlassung von Staatssekretär Döring billigte der SPD-Finanzexperte ausdrücklich. Auch die CDU habe schließlich personelle Konsequenzen gefordert.

Wolfram Dorn (F.D.P.) erklärte, auch er fühle sich in Sachen Beton- und Monierbau „nicht richtig und umfassend informiert“. Und weiter: „Für mich gilt das für eine Vielzahl von Beteiligten, für eine Vielzahl der zugelassenen Unterlagen wie auch für eine Vielzahl der angehörten Personen.“ Dorn drängte darauf, die Angelegenheit, in der März-Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses abschließend zu beraten. Zur WestLB stellte er an die CDU die Frage, ob man die Bank dadurch aus dem Gerede bringe, daß man im Landtag „eine solche Philippika zu diesem Thema vom Stapel läßt“.

Finanzminister Dr. Diether Posser (SPD) legte die Gründe für Dörings Entlassung dar. Der in den Ruhestand versetzte Staatssekretär sei von dem früheren Finanzminister Halstenberg wegen der Privatreise mit Hoppe gewarnt worden, sich niemals dienstlich mit Beton- und Monierbau zu befassen. Es sei der Fehler Dörings gewesen, daß er nicht jegliche Mitwirkung auch an dem Ingangsetzen des Bürgerschaftsverfahrens abgelehnt habe. Posser bestritt aber mit Nachdruck, daß Döring einen unzulässigen Zeitdruck auf das Gutachten für den Landesbürgerschaftsausschuß ausgeübt habe. „Das stimmt nicht,“ stellte er sich vor seinem ehemaligen Staatssekretär. Der Finanzminister räumte ein, es sei objektiv richtig, daß die von Schwefer beanstandete Vorlage Fehler enthalten habe. Dafür sei aber nicht die Regierung verantwortlich, denn die unrichtigen Daten stammten von BuM.

Bernhard Spellerberg (CDU) entgegnete Posser, das BuM-Gutachten sei sehr wohl unter Zeitdruck erstellt worden. Den Vorwurf, die CDU halte die WestLB im Gerede, wies Spellerberg mit der Bemerkung zurück, auch Koalitionsabgeordnete erklärten öffentlich, sie seien getäuscht worden.

Hans Paumen (CDU) begründete den Antrag seiner Fraktion, Planstellen bei der Fachhochschule für Finanzen anzuhäufen. Angesichts der Versäumnisse der Landesregierung in der Rechtsgestaltung der besonderen Fachhochschulen habe die CDU das Ziel, wenigstens die Funktionsfähigkeit der Fachhochschule für Finanzen aufrechtzuerhalten.